

Jerzy Dygdala: *Życie polityczne Prus Królewskich u schyłku ich związku z Rzeczpospolitą w XVIII wieku*. Tendencje unifikacyjne a partykularyzm. [Das politische Leben des Königlichen Preußen am Ende seiner Verbindung mit der Adelsrepublik im 18. Jh. Unifikationstendenzen und Partikularismus.] (Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu, rocznik 81, z. 3.) Państwowe Wydawnictwo Naukowe. Warschau, Posen, Thorn 1984. 259 S. 10 Abb. i. T., deutsche Zusammenfassung.

In der vorliegenden Untersuchung behandelt der Vf. einen Aspekt der Geschichte Westpreußens, der von der bisherigen Forschung kaum berücksichtigt worden ist. Die zwischen Unifizierung und Partikularismus schwankenden Beziehungen des Königlichen Preußen zu Polen in den letzten Jahrzehnten vor Untergang der Adelsrepublik bieten ein ausgesprochen kompliziertes und diffuses Bild, das nur durch eine umfassende und sorgfältige Auswertung der in Betracht kommenden Quellen erhellt werden kann. Dieser mühsamen Aufgabe hat sich der Vf. mit Erfolg unterzogen. Er recherchierte intensiv im Hauptarchiv Alter Akten in Warschau, in den Diözesanarchiven Pelplin und Allenstein, den Staatsarchiven Danzig, Thorn und Bromberg und außerhalb Polens im Staatsarchiv Dresden, im dänischen Reichsarchiv in Kopenhagen und im Archiv des französischen Außenministeriums zu Paris. Das umfangreiche Archivmaterial wurde durch Dokumente aus zahlreichen Bibliotheken, genannt seien hier die Czartoryski-Bibliothek in Krakau und die Danziger Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften, ergänzt. Auf Grund seines eingehenden Aktenstudiums kann der Vf. nicht nur eine Fülle bisher unbekannter Details vermitteln, sondern auch die sich im Laufe des 18. Jhs. verändernden vielschichtigen Beziehungen des Königlichen Preußen zu Polen durchsichtig machen.

Zunächst beschreibt der Vf. das politische Leben im Königlichen Preußen von 1733 bis zur Mitte der 50er Jahre des 18. Jhs. In der Adelsrepublik nahm das Königliche Preußen insofern eine Sonderstellung ein, als hier das politische Leben nicht nur vom Adel, sondern auch vom Bürgertum der drei großen Städte Danzig, Thorn und Elbing bestimmt wurde. Während sich der preußische Adel in der Provinz überwiegend zum Katholizismus bekannte, herrschte in den vom Deutschtum bestimmten großen Städten — nur in Thorn gab es seit den Ereignissen des Jahres 1724 eine beachtliche Zahl katholischer Bürger — der Protestantismus vor. Das wichtigste Forum der politischen Willensbildung im Königlichen Preußen waren die Generallandtage, die in regelmäßigen Abständen an verschiedenen Orten, u. a. in Elbing, Graudenz und Marienburg, veranstaltet wurden. Während des Interregnums von 1733 versuchte die sächsische Partei, für ihren Kandidaten, den Kurfürsten Friedrich August II., eine Machtbasis im Königlichen Preußen zu schaffen. Das gelang indes nur bedingt, weil große Teile des dortigen Adels den von Frankreich protegierten Stanisław Leszczyński unterstützten. Erst als sich der Sieg des Wettiners im Polnischen Thronfolgekrieg abzeichnete, schwenkten die preußischen Stände mehrheitlich auf die sächsische Seite ein, obwohl starke Vorbehalte gegen die Regierung des neuen Königs August III. weiterbestanden. Trotz der Versicherung des Monarchen, die Rechte und Privilegien des Königlichen Preußen bewahren zu wollen, beabsichtigten er und die von der Familie der Czartoryskis unterstützte Hofpartei das genaue Gegenteil, d. h. die stufenweise, praktisch unsichtbare Vereinheitlichung des Königlichen Preußen mit den übrigen Gebieten der Krone Polen, wozu die verhinderte Einberufung der preußischen Generallandtage einen ersten Schritt darstellte. Exponenten der königlichen Politik im „Polnischen Preußen“ waren die beiden aufeinanderfolgenden Kronkanzler Załuski und Małachowski, der ermländische Bischof Grabowski, der Olivaer Abt Rybiński und der sächsische

Minister Brühl. Der vom Warschauer Hof betriebene Kurs der Unifizierung wurde begleitet von einer zunehmenden Durchlöcherung des preußischen Indigenats, die im Übergang von zahlreichen Ämtern und Domänen in die Hände von Nichtindigenen, d. h. von nicht im Königlichen Preußen geborenen Personen, sichtbar wurde. Ein weiterer Bereich der Integrationspolitik war die Einbeziehung des Königlichen Preußen in das polnische Zollsystem, die zur Einführung neuer Zölle in diesem Gebiet führte. Der größte Erfolg der von Warschau betriebenen Unifizierung war indes in den Jahren 1748 bis 1752 die Beschränkung der Freiheiten und der Selbständigkeit Danzigs, die durch die dortigen Konflikte zwischen dem Rat und den Kaufleuten und Handwerkern ermöglicht wurde. Auch in Thorn konnte die Krone ihre seit 1724 ohnehin gefestigte Position weiter ausbauen. Außerdem nutzte sie die sozialen und konfessionellen Spannungen in den kleineren Städten des Königlichen Preußen zugunsten der Festigung ihres Aufsichtsrechtes aus. Wie der Vf. ausführt, verursachten die Maßnahmen der Krone eine weitgehende Lähmung des politischen Lebens im Königlichen Preußen und bereiteten die Vereinheitlichung dieses Gebiets mit den anderen Teilen der Adelsrepublik vor, obwohl nach außen an dem formalen Rechtsstatus dieser Provinz nichts geändert wurde.

In der Mitte des 18. Jhs. wurde jedoch dieser zielstrebigten Politik der Krone durch den Übergang der Czartoryskis und ihres Anhangs in das gegnerische Lager ein schwerer Schlag versetzt. Die hierdurch bedingte Schwächung der Hofpartei verschaffte der Adelsopposition im Königlichen Preußen Auftrieb, die Kontakte mit dem den Wettinern feindlich gegenüberstehenden Magnatengeschlecht der Potockis anknüpfte. Vor allem die im Königlichen Preußen begüterten Czapskis traten nun als Befürworter der Autonomie dieses Gebiets hervor. Die Krone, deren Position nach Ausbruch des Siebenjährigen Krieges weiter geschwächt wurde — so mußte sie tatenlos geschehen lassen, daß die Adelsrepublik in diesem Konflikt zum Spielball der Großmächte, vor allem Rußlands, wurde — geriet in der Auseinandersetzung mit dem Adel zunehmend in die Defensive und hatte lediglich die Möglichkeit, die Spannungen zwischen den Czapskis und ihren Anhängern einerseits und dem von den Czartoryskis unterstützten pommerellischen Wojewoden Mostowski auf der anderen Seite für ihre Zwecke auszunutzen, wobei sie sich besonders des Kronmarschalls Jerzy August Mnischek, des Schwiegersohns des Grafen Brühl, bediente, der versuchte, im Königlichen Preußen ein neues starkes hoffreundliches Lager zu begründen. Alle diese Bemühungen konnten jedoch nicht die Entstehung einer „patriotischen“ Adelspartei im Königlichen Preußen verhindern, die die Verteidigung der Autonomie und Privilegien dieser Provinz auf ihr Panier geschrieben hatte. Sie erklärte in einem Manifest vom 1. März 1759, daß sich das Königliche Preußen 1454 der Krone unter der Bedingung unterworfen habe, daß seine Autonomie, wozu auch das preußische Indigenat gehöre, unangetastet bleibe. In Wirklichkeit war diese Denkschrift an die Adresse Mostowskis gerichtet, der das Indigenat nicht besaß. Hier wird spürbar, wie sehr diese Konfrontation von geschichtlichen Traditionen beherrscht war. Obwohl Mostowski schließlich aus dieser Auseinandersetzung gestärkt hervorging, waren damit die politischen Kämpfe im Königlichen Preußen nicht beendet. Sie erloschen auch nicht nach dem Regierungsantritt des Königs Stanislaw August Poniatowski, der an die von seinem Vorgänger betriebene stufenweise Unifizierung des Königlichen Preußen mit dem übrigen Polen anknüpfte und sich mit seinem gemäßigten Kurs im Gegensatz zu den Czartoryskis befand, die eine weitaus rigorosere Politik verfolgten und im Rahmen einer angestrebten Gesamtreform des polnischen Staates die Beseitigung aller Privilegien des Königlichen Preußen forderten. Im folgen-

den führt der Vf. aus, daß auch Stanislaw August die Unifizierung dieser Provinz nicht durchsetzen konnte, wofür vor allem die sich ständig verschärfende innere Krise der Adelsrepublik verantwortlich war. Das zeigte sich in der von Rußland und Preußen unterstützten Dissidentenbewegung, die sich in verschiedenen Konföderationen zusammenschloß, von denen hier die Thorner erwähnt sei, die die völlige Autonomie des Königlichen Preußen und die Umgestaltung der Adelsrepublik in eine lose Föderation dreier praktisch unabhängiger Gebiete, d. h. der Krone Polen, des Großfürstentums Litauen und des Königlichen Preußen, forderte. Im Gegensatz dazu verfolgte der preußische Generallandtag in Graudenz einen gemäßigteren Kurs und begnügte sich mit einer weitgehenden Selbstverwaltung der Provinz, wobei er sogar bereit war, einige 1764 in Polen eingeführte Reformen, z. B. die Errichtung einer Schatz- und einer Kriegskommission, zu akzeptieren.

Abschließend beleuchtet der Vf. die Auswirkungen der Barer Konföderation — sie wollte die russische Vorherrschaft in der Adelsrepublik beseitigen und die Alleinherrschaft der katholischen Religion in Polen wiederherstellen — auf die politische Bewußtseinsbildung im Königlichen Preußen. Sie beschleunigten nach Ansicht des Vfs. nicht nur den Unifizierungsprozeß, sondern verlagerten diesen auch auf eine andere Ebene. Die rücksichtslose Intervention der Russen und die auf Anordnung Friedrichs des Großen erfolgte Errichtung eines „cordon sanitaire“, der das Königliche Preußen vom übrigen polnischen Gebiet abtrennte, hatten dem Adel dieser Provinz vor Augen geführt, daß die Souveränität der Adelsrepublik praktisch nicht mehr existierte. Er verzichtete daher angesichts dieser Verhältnisse auf die Verfolgung seiner autonomistischen Ziele und machte die Wiederherstellung der Selbständigkeit Polens zur Richtschnur seines Handelns. Der Vf. zieht daraus das Fazit, daß mit der Barer Konföderation eine tiefgehende Bewußtseinsveränderung von großen Teilen des pommerellischen Adels verknüpft sei. An die Stelle des bisherigen Provinzpatriotismus trat nun ein allgemeiner polnischer Patriotismus. Dieser These kann jedoch der Rezensent nicht uneingeschränkt zustimmen. Die Barer Konföderation war von den polnischen nationalen Bewegungen des 19. Jhs. noch sehr weit entfernt und entbehrte des Rückhalts weiter Kreise der Bevölkerung. Sie verscherte sich überdies alle Sympathien, als ihre Anhänger im November 1771 einen Anschlag auf den polnischen König verübten, der ihnen allerdings nach kurzer Gefangenschaft wieder entkommen konnte. Die von den Konföderierten betriebene Unterdrückung nichtpolnischer Bevölkerungsteile, vor allem der Deutschen und Juden, war gleichfalls nicht dazu angetan, sie als Patrioten und Verfechter der Freiheit erscheinen zu lassen.

Diese Bedenken können indes den großen Wert der vorliegenden Publikation für die Erforschung einer „dunklen“ Phase der westpreußischen und polnischen Geschichte nicht schmälern. Als nützlich erweist sich nicht nur das detaillierte Personenregister — ein Ortsindex fehlt leider —, sondern auch die Zusammenfassung der Ergebnisse in deutscher Sprache, wodurch diese einem breiteren Leserkreis zugänglich gemacht werden.

Berlin

Stefan Hartmann

Zur Problematik „Preußen und das Reich“. Hrsg. von Oswald Hauser. (Neue Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte, Bd. 4.) Böhlau Verlag. Köln, Wien 1984. VIII, 370 S.

Lediglich zehn Beiträge des Bandes behandeln die Problematik „Preußen—Reich“. Die übrigen drei von Gotthold Rhode, Richard Breyer und Paul